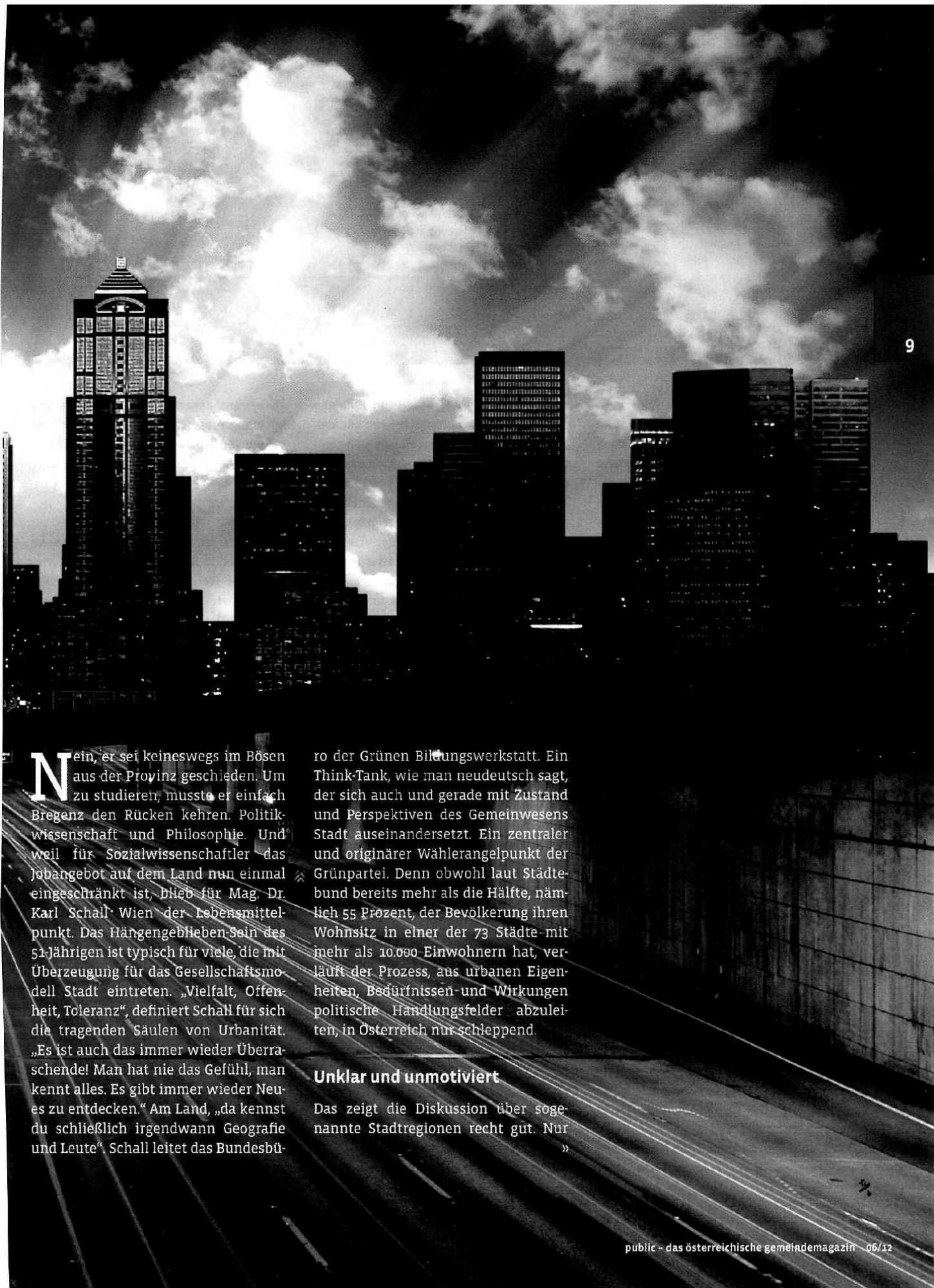


Die gemeinsame Stadt – ein Schemen

Urbanisierung beschreibt einen Prozess, Urbanität hingegen ist ein Gefühl. Die Anziehungskraft der Stadt ist ungebrochen und die Politik hinkt hinterher. Über Theorie und Wirklichkeit urbaner Versprechungen.

Von Arno Miller

8



Nein, er sei keineswegs im Bösen aus der Provinz geschieden. Um zu studieren, musste er einfach Bregenz den Rücken kehren. Politikwissenschaft und Philosophie. Und weil für Sozialwissenschaftler das Jobangebot auf dem Land nun einmal eingeschränkt ist, blieb für Mag. Dr. Karl Schall Wien der Lebensmittelpunkt. Das Hängengeblieben-Sein des 51-Jährigen ist typisch für viele, die mit Überzeugung für das Gesellschaftsmodell Stadt eintreten. „Vielfalt, Offenheit, Toleranz“, definiert Schall für sich die tragenden Säulen von Urbanität. „Es ist auch das immer wieder Überraschende! Man hat nie das Gefühl, man kennt alles. Es gibt immer wieder Neues zu entdecken.“ Am Land, „da kennst du schließlich irgendwann Geografie und Leute“. Schall leitet das Bundesbü-

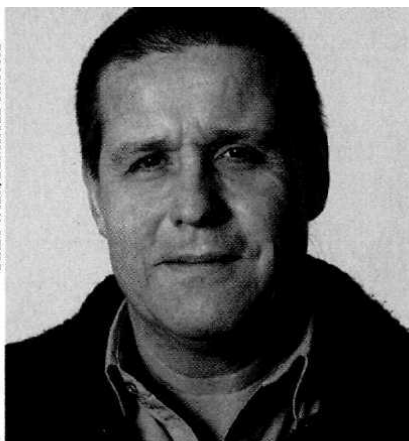
ro der Grünen Bildungswerkstatt. Ein Think-Tank, wie man neudeutsch sagt, der sich auch und gerade mit Zustand und Perspektiven des Gemeinwesens Stadt auseinandersetzt. Ein zentraler und originärer Wählerangelpunkt der Grünen Partei. Denn obwohl laut Städtebund bereits mehr als die Hälfte, nämlich 55 Prozent, der Bevölkerung ihren Wohnsitz in einer der 73 Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern hat, verläuft der Prozess, aus urbanen Eigenheiten, Bedürfnissen und Wirkungen politische Handlungsfelder abzuleiten, in Österreich nur schleppend.

Unklar und unmotiviert

Das zeigt die Diskussion über sogenannte Stadtregionen recht gut. Nur

»

STADT WIEN/BERTHOLD KROPITZ



Karl Schall weist auf die Gefahr der Gettoisierung hin, die bei der Errichtung großer neuer Stadtviertel gegeben sein könnte.

10 Coverstory

ihr Ansatz ist unbestritten: Städte samt Umland als Einheit zu betrachten und gemeinsame Herausforderungen auch gemeinsam zu lösen. Das Wie, Wann, Wer und Wo verlieren sich dann bereits auf der weiten Spielwiese österreichischer Kleinkariertheit. „Es gibt Konzepte, es gibt Studien, aber es fehlt vielfach der politische Wille. Vielleicht ist der Leidensdruck noch zu gering.“ Mit diesem Eindruck verließ Mag. Alexandra Schantl vom Zentrum für Verwaltungsforschung – KDZ am 62. Österreichischen Städtetag den Arbeitskreis 3 „Gemeinsam statt einsam – Zukunft Stadtregion“ vergangenen Monat in Dornbirn. Dort hatte Schantl über Perspektiven zum Thema referiert. Der Begriff stand schon zum dritten Mal in Folge auf der Agenda eines Städtetages. Entscheidend weiter ist man auch in Dornbirn nicht gekommen.

Mag sein, dass die Österreichische Raumordnungskonferenz ORÖK übers Ziel schoss, als sie 2009 ihr Grundlagenpapier mit nicht weniger als 38 Stadtregionen anhäufte. Schantl: „Ich glaube, dass auch innerhalb dieser 38 viele Politiker gar nicht wissen, dass sie in einer Stadtregion sind.“ Oder sie sprechen von Stadtregion, auch wenn sie „nur“ von interkommunalen Kooperationen reden. „Eine klare Definition für Stadtregion fehlt noch immer“, bedauert die wissenschaftliche Mitarbeiterin des KDZ.

Stadtregionales Handeln

Sie ist dort auch für den internationalen Bereich zuständig und weiß deshalb zu berichten, dass anderswo das Bewusstsein

ausgeprägter ist, wie Städte im Einklang mit ihren Nachbarn funktionieren können. So betreibt etwa die Schweiz seit über zehn Jahren eine dezidierte Agglomerationspolitik. Sie basiert auf der fortlaufenden Ausschreibung von Modellvorhaben, für die ein eigenes Bundesbudget geschaffen wurde. Langfristige Ziele, so der Vizedirektor des zuständigen Bundesamtes in Bern, Michel Matthey, seien die „Sicherung der wirtschaftlichen Attraktivität und der Lebensqualität in städtischen Gebieten“ und die „Begrenzung der Ausdehnung der städtischen Gebiete durch eine Siedlungsentwicklung nach innen“. Auch die deutschen Nachbarn schaffen es seit Jahren besser, die Sektoralpolitiken in städtischen Regionen zu bündeln. Einerseits, erklärt Schantl, biete die Raumordnung in Deutschland mehr Instrumente und effizienteren Durchgriff

als bei uns, andererseits seien für die Entwicklungsprozesse alle Beteiligten ins Boot geholt worden: „Sie haben es geschafft, den anderen Gemeinden die Ängste zu nehmen, die Kernstadt könnte über sie hinweg bestimmen.“

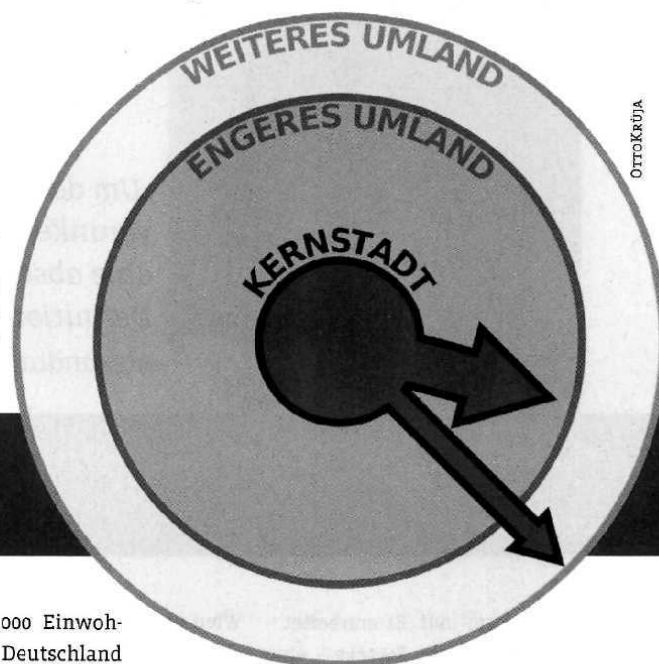
Österreich ist, was das noch schemenhafte Gebilde Stadtregion angeht, im vergangenen Herbst beim Österreichischen Raumentwicklungskonzept (ÖREK) angekommen. Darin führt der Städtebund den Vorsitz einer von insgesamt sieben „Umsetzungspartnerschaften“. Das Vehikel nennt sich „Kooperationsplattform Stadtregion“. Städtebund-Originalton: „Dabei werden vorrangige Themen wie die Baulandmobilisierung, die Nahverkehrsproblematik, Integrationsbelange und Freiraumkonzepte bearbeitet.“ Kirchturmpolitik und Einzel-

EDDA PRAEFCKE



Vision Rheintal: Agglomerationspolitik in Vorarlberg. 29 einzelne Gemeinden, die immer mehr zu einem vernetzten Lebensraum zusammenwachsen.

Problem Suburbanisierung – Erholungsgebiete werden zum städtischen Raum: Zersiedelung sowie wachsender Flächen- und Energieverbrauch sind mit einem Nachhaltigkeitsaspekt schwer oder nicht zu vereinbaren.



11

kämpferdenken werden zu keiner Lösung führen „und die Probleme, unter denen die Ballungszentren schon heute leiden, nur weiter zuspitzen“, erklärte Generalsekretär Thomas Weninger bei der Präsentation im Oktober. Sieben Monate später, eine Woche vor dem jüngsten Städtetag, traf sich die Plattform dann zur „Anschubsitzung“.

Wohin die Reise geht, ist offen. „Eine erste Hauptaufgabe könnte darin bestehen, finanzielle Anreizsysteme zur Förderung stadtreionalen Denkens und Handelns zu erarbeiten“, legen Alexandra Schantl und ihr KDZ-Kollege Klaus Wirth der Plattform nahe. „Man muss bei den Projekten nicht gleich von Unsummen reden.“ Klein beginnen, das aber rasch. Jedenfalls plädieren sie vehement für die institutionelle Verankerung von Stadtregionen. Denn die nächste Finanzausgleichsverhandlung kommt schneller, als man denkt, und böte die Chance, nach Schweizer Vorbild eine österreichische Agglomerationspolitik aus der Taufe zu heben. Auch sind es weniger als zwei Jahre bis zur neuen Strukturperiode der EU. Im Kohäsionstopf der Union liegen nämlich Fördermittel für klar definierte Agglomerationen abholbereit.

Urbaner Geist?

Besucher unseres Alpenlandes erstaunt, wie klein, um nicht zu sagen provinziell Österreichs Städte abseits von Wien sind. Eine Hand genügt, um nach den Kriterien der Internationalen Statistikkonferenz die Großstädte aufzuzählen. Klagenfurt als sechstgrößte Stadt liegt bereits deutlich

unter der Messlatte von 100.000 Einwohnern. Nur zum Vergleich: In Deutschland sind es 80 Großstädte. Sie bringen politisch ein ganz anderes Gewicht auf die Waage. Doch die Größe entscheidet nicht allein, was Stadt ist, definierte der Soziologe Max Weber 1921 in seinem Standardwerk „Wirtschaft und Gesellschaft“. Rein ökonomisch, so Weber, sei es eine Ansiedlung von Menschen, die zum überwiegenden Teil „vom Ertrag nichtlandwirtschaftlichen, sondern gewerblichen oder händlerischen Erwerbs“ leben, „als weiteres Merkmal wäre das einer gewissen Vielseitigkeit der betriebenen Gewerbe hinzuzufügen“. Le Corbusier, kontroversieller Vordenker der Moderne, nannte die Stadt „einen Mittelpunkt intensiven Lebens, intensiver Arbeit“ und zugleich eine diesen Zweck erfüllende „Konstruktion des Geistes“.

Wie geistlos diese Konstrukte sein können, ist sehr gut an ihren angeblichen Höhepunkten, den Fußgängerzonen, abzulesen. Ihr Angebot ist austauschbar. Welche nationale oder internationale Kette bald die frei werdenden Schlecker-Filialen besetzt, ist belanglos, weil es nichts an der merkantilen Uniformität der Innenstädte ändert. Das Hinpflanzen von Einkaufszentren und Wirtschaftsparks mit dem immer selben Portfolio an Ausfallstraßen ist die Fortschreibung der ökonomischen Missdeutung von Urbanität.

Toleranz und Arroganz

Urbanität meint mehr als Shoppingmöglichkeiten. Im 18. und 19. Jahrhundert wurde sie als Synonym für einen bür-

gerlichen Lebensstil gedeutet und damit einhergehend als Bezeichnung für feine Bildung, als Gegenmodell zu bürgerlicher Grobschlächtigkeit gepflegt. In der „Allgemeinen deutschen Real-Enzyklopädie für die gebildeten Stände“ von 1830 ist von „städtischer Sitte“ zu lesen, wonach unter Urbanität eigentlich „das feine Benehmen in Gesellschaft Anderer“ zu verstehen ist. Von Toleranz ist viel die Rede. Da ist der Schritt zur Blasiertheit ein kurzer. Schon der große französische Schriftsteller Stendhal meinte, „Urbanität ist nichts als die überlegene Unfähigkeit, sich über die schlechten Manieren anderer zu ärgern“. Als erster Sozialwissenschaftler analysiert Georg Simmel das Phänomen Großstadt und erkennt als Wurzel dieses hochnäsigen Verhaltens bereits Anfang des 20. Jahrhunderts die „Reizüberflutung“! Sie prägte den besonderen Lebensstil des Städters, durch eine gewisse „Reserviertheit“ wolle er sich dagegen schützen.

Man muss nicht die nerzbemantelte Wienerin aus dem 1. Bezirk oder den Grantler von außerhalb des Gürtels bemühen – „Stadtmenschen“ sind bei „Landlern“ stets für ein Naserümpfen gut, auch wenn ihr Habitat ungleich kleiner ist als Wien. Um zu erfassen, was die Identität des Stadtbewohners ausmacht, noch einmal ein kleiner Abstecher in die Soziologie. Der Deutsch-Amerikaner Louis Wirth greift die Gedanken von Simmel 1938 in seinem Werk „Urbanität als

»



KDZ

„Um das Thema der Stadtregionen politisch zu verankern, wird man wohl nicht umhinkommen, eine abschließende und allgemein akzeptierte Definition der Stadtregionen zu formulieren.“

Alexandra Schantl, KDZ

12 Coverstory

Lebensform“ auf. Er erarbeitet – für soziologische Zwecke – eine Minimaldefinition von Stadt als „relativ große, dicht besiedelte und dauerhafte Niederlassung gesellschaftlich heterogener Individuen“. Die mit Urbanität assoziierten Merkmale seien umso ausgeprägter, je größer oder dichter ein Stadtgebiet ist. Mit den Städten werde auch die Anziehungskraft des städtischen Lebensstils wachsen und zum bestimmenden Vorbild, sagte Wirth voraus: „Mit der Richtung der in der Urbanität vor sich gehenden Veränderungen wird sich nicht nur die Stadt, sondern die Welt zum Besseren oder Schlechteren verwandeln.“

Suburbanisierung

Urbanität ist also immer auch ein Versprechen. In der Stadt eine bessere Existenzgrundlage vorzufinden, bestätigt sich, ökonomisch betrachtet, keineswegs per se. Gerade mal die Hälfte der zehn größten Städte Österreichs kann unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsmarktes statistisch das Versprechen einhalten. Linz, Salzburg, Innsbruck, Wels und Dornbirn waren 2011 jene fünf, die eine niedrigere Arbeitslosenquote aufweisen konnten als der österreichische Durchschnitt. St. Pölten, Graz, Klagenfurt,

Wien und Villach lagen zum Teil eklatant darüber. Das führt vor Augen: Die Kernstadt ist nur der Motor. Wie sich eine Region entwickelt, hängt immer stärker von ihrem Umland ab. Die sogenannte Suburbanisierung wuchert. Wohnen und Industrie werden an den Stadtrand und in die Peripherie ausgelagert, frühere Erholungszonen werden städtisches Gebiet. „Das hat mit einer nachhaltigen Stadtentwicklung wenig zu tun“, zeigte der Kieler Geograph Rainer Wehrhahn am Stadtplanerkongress „Real Corp 2012“ auf, denn es werde dabei zu viel Fläche verbraucht.

Eine Agglomerationspolitik könnte die schlimmsten Auswüchse verhindern. Aktiv dafür das Heft in die Hand zu nehmen, wie in Vorarlberg für die „Vision

Rheintal“, ist in Österreich noch die Ausnahme. Weil stets sind auch vermeintliche Opfer zu befürchten: Einschränkungen der Eigenständigkeit und Identitätsverlust auf der emotionalen Ebene. Auf der konkreten Ebene: das Schließen einer Geburtsstation, der Nicht-Bau einer höheren Schule, weil es in der übernächsten Gemeinde mehr Sinn macht. Dafür Governance zu akzeptieren, kommt angesichts der heimischen Realverfassung einer Utopie gleich. Nur wer vermag, Zusammenhänge in größerem Rahmen transparent zu machen, sagt KDZ-Wissenschaftlerin Schantl, kann die Angst nehmen, bei übergeordneter Interessenabstimmung nicht unter die Räder zu kommen.

Und da ist noch ein Angstzustand. Wo und wie ist die Grenz-

ziehung zwischen urbanem und ländlichem Raum politisch zu rechtfertigen? Wir erinnern uns an die bizarre Meldung aus dem Vorjahr, wonach sich die Passauer Stadtväter kurz überlegten, sich Oberösterreich anzuschließen. Auslöser der provokanten Idee waren die Empfehlungen des staatlichen bayerischen „Zukunftsrates“, der im Freistaat der einen Stadt oder Region Zukunftspotenzial zusprach, der anderen – wie eben Passau – nicht.

Dieser Logik folgend, sollten Fördergelder in Zukunft verstärkt in „potente Städte“ mit der Zugkraft eines überregionalen Leistungszentrums fließen und weniger ins weite Land. Eine Kriegserklärung an die Provinz. Sie würde auch in Österreich als solche verstanden.



FOTOLIA.COM

Österreich hat Tradition als Zuwandererland. Statistik Austria prognostiziert Wien das stärkste Bevölkerungswachstum aller Bundesländer. Maßgeblicher Grund dafür ist Zuwanderung – rund 40 % der Migration nach Österreich entfallen auf die Bundeshauptstadt.

Eine Stadt ist nie „fertig“, sondern erneuert sich kontinuierlich. An ihren Rändern regt das wenig auf, geht es aber an vertraute Perspektiven in ihrem Inneren, dann formiert sich Widerstand. Graz dient aktuell als Anschauungsobjekt.

Die Altstadtkommission spricht sich für Verdichtung auch in Gründerzeit- und Villenvierteln der Mur-Metropole aus. Der seit 2011 amtierende Vorsitzende, der bekannte Architekt Wolf Dieter Dreißholz, nimmt die Anfeindungen sportlich gelassen: „Wir Steirer sind halt keine Italiener, also keine urbanen Menschen.“

Getto-Gefahr

Vielfalt als ganz wesentliches Merkmal von Urbanität ist auch vielfältig gefährdet. Wenn Karl Schall als Brigittenauer Bezirksrat die gastronomische und soziale Verödung im 20. Bezirk geißelt, weil Glücksspiel- und Wettlokale überhandnehmen, dann redet er längst nicht nur von einem großstädtischen Phänomen. Diese Veränderung kennt mittlerweile jeder Kleinstadt-Bürgermeister. Warnung sollte auch der durch Berlin in die Schlagzeilen geratene Prozess der Gentrifizierung sein. Das Kapital ergreift die Macht

über bestimmte Quartiere, wertet die Immobilien baulich auf und verdrängt die dort angestammte, meist sozial schwächere Bevölkerung, die sich die gestiegenen Mieten nicht mehr leisten kann.

In Österreich und besonders in Wien ist diese Gefahr zwar nur partiell gegeben, weil sich sehr viel Wohnbestand in quasi öffentlicher Hand befindet. Den Gemeindebau kann man nicht so einfach schleifen. Wenn jedoch völlig neue Stadtviertel aus dem Boden gestampft werden, wie beispielsweise Aspern in Wien, ist eine der größten Herausforderungen, keine Gettos zu schaffen – „auch keine Bobo-Gettos“, betont Schall. Nächstes, durchaus verwandtes Reizthema: die Segregation, mit der die Wissenschaft die „Entmischung“ eines abgezielten Gebietes definiert. Oder auf den Gemeindebau heruntergebrochen – der Ausländerblock. Hier kommt auf die Verteidiger der Toleranzkomponente von Urbanität noch viel Argumentationsbedarf zu.

Die Statistik Austria rechnet in 40 Jahren mit einer zusätzlichen Million Einwohner für Österreich – vorwiegend durch Immigration. Dass sich der

Großteil davon in den Städten niederlässt, liegt auf der Hand.

Zukunft: Ballungsraum

Das Pflichtenheft ist voll, von Verkehr und Infrastruktur war noch gar nicht die Rede. Ohne ihre Nachbarn sind die als Städte definierten Kommunen überfordert, die zum Teil schon längst in Gang gesetzten Entwicklungen

verträglich zu bewältigen. Doch im Vergleich zu anderen Ländern dominiert in Österreich noch der eigene Schrebergarten (übrigens ein Ableger von Urbanität). Würde, wie Alexandra Schantl vom KDZ anregt, das Jahrbuch „Städte in Zahlen“ zur Abbildung von Ballungsräumen ausgeweitet, könnte der Blick aufs Ganze vielleicht schon etwas geschärft werden. ■